

Stadtbaurätin Kling erläutert die Hintergründe für den Vorschlag der Verwaltung, sich mit der Freiraumentwicklung auf den Flächen des ehemaligen Rangierbahnhofs an dem Projektauftrag zu beteiligen und beantwortet Fragen zur Abwicklung des Antrags- und Wettbewerbsauswahlverfahrens. Der Beschluss zur Wettbewerbsauslobung soll der Verwaltung eine zügige Bearbeitung ermöglichen, da hiermit nicht erst auf die evtl. Förderzusage gewartet werden müsste. Für den Wettbewerb selbst wird ein Kostenrahmen von ca. 150.000 € abgeschätzt. Diese Mittel können aus den vorhandenen Haushaltsmitteln für Planungen abgedeckt werden, ohne dass hierfür andere Projekte gestoppt oder geschoben werden müssten.

Die Mittel für die eigentliche Projektumsetzung, sollte es zu einer Förderzusage kommen, sind bisher noch nicht im Haushalt 2023 / 2024 enthalten. Eine ganz grobe Voreinschätzung führt zu einer Gesamtprojektsumme von ca. 8 bis 9 Mio. Euro; der Förderhöchstsatz beträgt 85 %. Die Eigenmittel wären über einen 3-Jahreszeitraum verteilt einzustellen. Nach Aussage der Stadtbaurätin werden die benötigten Eigenmittel nicht aus dem Budget des städtischen Gebäudemanagements entnommen. Die Befürchtung, dass städtische Planungen / Maßnahmen für Schulen, Kitas o. ä. zurückgestellt werden müssten, ist daher unbegründet. Stattdessen sind die Mittel eher über die Budgets der Bereiche Grünflächen, Tiefbau o. ä. abzudecken.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird kontrovers diskutiert. Die wesentliche Begründung für die Ablehnung eines Förderantrags für die beschriebene Maßnahme auf dem ehem. Rangierbahnhof liegt in den nicht kalkulierbaren hohen finanziellen Aufwendungen und den evtl. daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf andere kommunale Projekte und Maßnahmen.

Befürworter des Projektantrags hingegen sehen vor allem die große Chance, die sich mit dem Förderprogramm zur Neuschaffung eines solchen umfangreichen Freiraumes für die Stadt ergeben. Auch die räumliche Verknüpfung und Kombination mit der privaten Initiative am Lokschruppen wird begrüßt und als Potenzial gewertet. Zudem führt das vorgegebene schrittweise Vorgehen zu einem überschaubaren Risiko.

Die Sitzung wird auf Antrag der CDU-Fraktion um 20.05 Uhr für ca. 10 Minuten vom Vorsitzenden unterbrochen und um 20.15 Uhr fortgeführt.

Anschließend erläutert Ratsfrau Bühse den Grund für den Beratungsbedarf der Fraktion. Aufgrund der hohen finanziellen Aufwendungen, die zu erwarten sind und angesichts der zahlreichen anderen dringlichen Projekte wird seitens der CDU dem Beschlussantrag der Verwaltung nicht zugestimmt werden.

Aus dem Kreis des Fachausschusses wird zudem um Mitteilung der inhaltlichen Schwerpunkte des Förderantrags sowie um Erläuterungen darüber gebeten, woher genau die für den Wettbewerb benötigten Haushaltsmittel stammen bzw. warum sie ohne Auswirkungen auf andere Projekte eingesetzt werden können. Die Verwaltung sagt dies zu.

Herr Krampfer lässt über den Beschlussantrag der Verwaltung abstimmen.